

gebung der Weimarer Republik an. Vor allem aber fällt auf, daß die Darstellung häufig in einer Fülle von Details und Daten zu ertrinken droht und zahlreiche inhaltliche Wiederholungen enthält. Eine Straffung hätte dem Text gutgetan.

Insgesamt trotz der Mängel ein nützliches und wichtiges Buch, das eine Forschungslücke in der Frühgeschichte des Landes Rheinland-Pfalz schließt.

*Hedwig Brüchert-Schunk, Mainz*

Ludwig Hügen, Das Gesetz »für die Wolfsschlucht«. Bodenreformpolitik in Nordrhein-Westfalen 1945–1949 (= Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 28), Klartext Verlag, Essen 1991, 231 S., brosch., 22 DM.

Manchmal sind Buchtitel unglücklich gewählt. So auch bei der nun im Klartext-Verlag erschienenen Dissertation von Ludwig Hügen. Und eine wichtige Aufgabe von Rezensenten kann es mitunter sein, Mißverständnisse, die sich aus dem Etikett eines Buches ergeben, auszuräumen, da sie den Zugang der Öffentlichkeit zum Opus versperren könnten. Daher gilt es, hier zunächst zweierlei anzumerken:

Zum einen geht es in der Arbeit Hügens nicht um die Bodenreform, wie sie am Beispiel einer möglichen Wolfsschlucht irgendwo in Nordrhein-Westfalen durchgeführt wurde – möge sie in der Eifel, im Sauerland oder im Rothaargebirge gelegen haben. Hügen behandelt vielmehr ein bisher weitgehend vernachlässigtes Kapitel der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte, die langwierige Diskussion um die dann verhinderte Bodenreform im 1946 neu gegründeten Nordrhein-Westfalen. »Wolfsschlucht« bezieht sich dabei auf die schon in der abschließenden Beratung eines Gesetzes geäußerte Befürchtung, das Gesetz sei verspätet und nutzlos, eine Befürchtung, die sich tatsächlich bestätigen sollte.

Zum anderen kann es Hügen nicht genuin um das Problem der (gescheiterten) Bodenreform gegangen sein: Denn streng genommen war es keines. Im schon immer fortschrittlicheren Westen des ehemaligen Reiches, dem heutigen Nordrhein-Westfalen, waren bei Kriegsende nur 7 % der Agrarfläche Großgrundbesitz (S. 25/26). Dies entsprach genau dem insgesamt geringen Anteil der vermeintlichen »Junker« am Landbesitz in der britischen Zone, nämlich ebenfalls nur 7 % der Agrarfläche (S. 41). Außerdem gilt es noch zu berücksichtigen, daß die großen Agrarflächen im Westen überhaupt nicht mehr einer wie im rückständigen Osten reaktionären Aristokratie gehörten, sondern Kirchen, Kreisen, Kommunen, Verbänden und dem Staat.

Trotzdem, und darauf sei ausdrücklich hingewiesen, behandelt Hügen kein Scheinproblem. Er zeichnet exakt nach, unter welchen Prämissen und Bedingungen im frühen Nordrhein-Westfalen Politik gemacht wurde: im Spiel und Gegenspiel zwischen britischer Besatzungsmacht und den sich allmählich wieder artikulierenden deutschen Politikern. Dabei lernten beide Seiten offensichtlich, daß die allzu einfachen, auf das Deutsche Reich bezogenen politischen Raster auf das Land an Rhein und Ruhr nicht ohne weiteres übertragen werden konnten. Aus diesem Lernprozeß entstand die spezifische politische Kultur Nordrhein-Westfalens.

Die britische Militärregierung etwa mußte erkennen, daß es hier anders als im rückständigen Altpreußen nördlich und östlich von Berlin überhaupt keine Junkerklasse gab, die es ja nach den alliierten Kriegsmanifesten zu enteignen und damit auch politisch zu entwaffnen galt. Man fand ein durch den Krieg zerstörtes Industrieland, dessen Probleme sicher nicht vorrangig durch eine Bodenreform gelöst werden konnten. Einen ähnlichen Lernprozeß erlebten die deutschen Politiker, die sich im frühen Nordrhein-Westfalen für eine Bodenreform einsetzten. Was vielleicht vor dem Weltkrieg auf die Gebiete östlich der Elbe

und Oder gepaßt hätte, war im modernen Westen obsolet. Eine Erkenntnis, der sich auch ein ehemaliger prominenter Propagandist von Siedlungspolitik und Bodenreform in der Weimarer Zeit und später bedeutender Redner nicht verschließen konnte: Mehrfach rückt Heinrich Lübke, nachmaliger Bundespräsident, in das Zentrum der Untersuchungen von Ludwig Hügen. Dieser hat insgesamt eine durchaus spannende und lesbare Arbeit vorgelegt, die einen wichtigen Aspekt der politischen Kultur der frühen Nachkriegszeit beleuchtet.

*Detlef Briesen, Siegen*

Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller, Nachkriegssemester. Studium in Kriegs- und Nachkriegszeit, Franz Steiner Verlag, Stuttgart 1990, 371 S., geb., 58 DM.

Selten habe der Zufall einem Buch zu einer derart unerwarteten Aktualität verholfen, kommentiert Walter Ruegg im Vorwort zu dem vorliegenden Buch mit Blick auf die Situation der Staaten Osteuropas im Aufbruch zur Demokratie. Wie in Deutschland nach 1945 stelle sich derzeit erneut die Frage, inwieweit ein Staat freiheitlich reformiert werden könne, dessen Eliten durch totalitäre Bildungsmechanismen geprägt sind. Ruegg gibt in der Rückschau auf den Wiederaufbau der deutschen Universitäten nach 1945, den er mitverantwortlich gestaltet hat, eine optimistische Antwort: Die imponierende Selbstbehauptung der Studenten der unmittelbaren Nachkriegszeit gegenüber den schwierigen Begleitumständen und die Beständigkeit der von ihnen geschaffenen Demokratie lasse ihn nicht daran zweifeln, daß auch ein wiedervereintes Europa demokratisch geprägt sein werde.

Die Studienbedingungen der »Nachkriegssemester« waren in der Tat außergewöhnlich schwierig: Hunger, Kälte, Wohnungsnot, fehlende Kleidung, Stromsperrern, ausgebombte Institute, ausgebrannte Bibliotheken, Hamsterfahrten und Arbeitseinsätze prägten den Studentenalltag. Neben die existentiellen Nöte traten psychische Belastungen: Entnazifizierung, deprimierende Berufsaussichten, die Suche nach neuen Orientierungsmustern und Vorbildern, die Konfrontation mit dem Kollektivschuldvorwurf und der Fremdbestimmung durch die Reeducation-Maßnahmen der alliierten Besatzungsmächte. Die Studienverläufe der Nachkriegssemester weichen von dem »Normalweg« der Studenten im 20. Jahrhundert erheblich ab.

Dieser ebenso interessanten wie unerforschten Epoche der jüngsten Universitätsgeschichte wandten sich Waldemar Krönig und Klaus-Dieter Müller zu, beide Mitarbeiter des Instituts »Hochschulinformationssystem« (HIS). Das vor rund 20 Jahren gegründete HIS befaßt sich damit erstmals mit der Geschichte seines Untersuchungsgegenstandes, freilich mit den ihm vertrauten methodischen Hilfsmitteln. In einer Fragebogenaktion wurden 1 650 Personen angeschrieben, die zwischen 1945 und 1954 an einer Westdeutschen oder Westberliner Hochschule eingeschrieben waren. Rund die Hälfte der Kontaktierten beantwortete den Fragebogen; mancher steuerte ergänzendes Material bei.

Dieser Fundus an Informationen, ergänzt durch die Auswertung zeitgenössischer Statistiken und Zeitschriften, ermöglichte es, Repräsentativität in eingeschränktem Umfang zu erzielen. Der Anteil der befragten Frauen, der Kriegsgefangenen und der Studenten der stärksten Fachrichtungen entspricht weitgehend deren relativen Positionen in der Studentenschaft. Unübersehbar ist jedoch der in der früheren britischen Zone liegende regionale Schwerpunkt. Das Buch liest sich über weite Strecken als eine Geschichte der Studienverhältnisse in Göttingen im Jahrzehnt nach 1945. Die extensiv zitierte Göttinger Universitätszeitung ist denn auch die wichtigste Quelle neben den ausgewerteten Fragebögen. Methodisch problematischer ist die ausschließliche Befragung der letztlich erfolgreichen Studenten. Kommilitonen, die ihr Studium ohne Abschluß abbrachen und vor den widrigen